

Gemeindepolizei – Police Bern Sicherheit in Münchenbuchsee



Einige Fragen an die Gemeinde- präsidentin Elsbeth Maring-Walther

Frau Maring, ist es richtig, dass die beiden Gemeindepolizisten Frau Franziska Aeschbacher und Herr Reto Werthmüller am 9. April 09 ihren letzten Arbeitstag in Münchenbuchsee hatten?

Ja, das ist richtig. Herr Werthmüller wechselt zu einer anderen Gemeindepolizei in den Kanton Aargau, Frau Aeschbacher hat einen Schwangerschaftsurlaub angetreten.

Wir haben somit keine eigenen GemeindepolizistInnen mehr.

Wie wird der Ordnungsdienst seither versehen?

Im Moment bleiben uns für den Ordnungsdienst nur die Grundleistungen der Kantonspolizei, was natürlich bei weitem nicht die bisherigen Leistungen unserer Gemeindepolizei abdeckt.

Durch die kantonale Neuorganisation des Polizeidienstes mit Police Bern gibt es in Zukunft in Buchsi definitiv keine Gemeindepolizei mehr. Wie soll die Sicherheit in Buchsi gewährleistet werden?

Ordnungsdienste, die über die Grundleistungen der Police Bern hinausgehen, muss die Gemeinde einkaufen. Erbracht werden diese Leistungen durch wechselnde Personen, die nicht grundsätzlich mit den Gegebenheiten von Münchenbuchsee vertraut sein werden. Zur Erledigung weiterer Aufgaben wie die Amts- und Vollzugshilfe und die Kontrolle des ruhenden Verkehrs muss eine private Sicherheitsfirma beigezogen werden. Da ab 2010 durch kantonale Vorgaben keine Gemeindepolizei mehr erlaubt ist, rechne ich eher mit einer Verschlechterung der Sicherheit in unserem Dorf.

Werden auch der abgelehnte Voranschlag sowie die sehr angespannte Finanzlage von Buchsi Auswirkungen auf die Sicherheit in unserer Gemeinde haben?

Den bisherigen Sicherheitsstandard zu erhalten, wird uns vermutlich mehr kosten als dies bis jetzt der Fall war. Bei unserer angespannten Finanzlage wird es schwierig sein, die von der Bevölkerung geforderten Leistungen im Sicherheitsbereich zu erbringen.

Wo soll man sich als BürgerIn z.B. bei Nachtruhestörungen, Streitereien, Vandalismus etc. melden?

Wenden Sie sich je nach Vorfall bitte an die Kantonspolizei oder an die Gemeindeverwaltung.

Die wichtigsten Notfall Nummern:

117 Polizei

118 Feuerwehr

144 Rettungsdienste (Sanität)

145 Toxikologische Notrufnummer



Zur überarbeiteten dritten Version des Voranschlages 2009, welche am 21. Juni 2009 zur Abstimmung kommt, werden wir Ihnen unsere Sicht später darlegen.

Region Bern-Mittelland: Wahl und Abstimmung 17. Mai 2009

Regierungsstatthalterwahl



Am 17. Mai 2009 wählt die Region Bern-Mittelland einen neuen Regierungsstatthalter. Die SP schickt in den 100 Gemeinden der Region den Juristen Christoph Lerch ins Rennen. Er soll für die SP den Sitz, den bisher Regula Mader innehatte, verteidigen.

**Wir wählen Christoph Lerch, weil er weiss was er will
die Erfahrung hat
sagt was er denkt
gut zuhört
genau abwägt
entscheidet**

Einführung der Regionalkonferenz

Die Regionalkonferenz...

- garantiert eine einfache, rasche und **verbindliche Zusammenarbeit** der Gemeinden in regionalen Fragen.
- ermöglicht die Vernetzung, Koordination und ganzheitliche Betrachtung von **Raumplanung, Siedlungsentwicklung, Verkehr und Kultur**.
- gewährleistet die **demokratische Mitwirkung der Öffentlichkeit**.
- verfügt über **keine eigene Steuerhoheit** und wird gemeinsam von Kanton und Gemeinden finanziert.
- ist in ihrem Perimeter **deckungsgleich** mit der Verwaltungsregion Bern-Mittelland und umfasst 100 Gemeinden und ca. 380'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

JA zur Regionalkonferenz

Eidgenössische Abstimmungen vom 17. Mai 2009

JA zur Komplementärmedizin

Die Kombination von Schul- und Komplementärmedizin liefert die besten Behandlungserfolge.

JA zu bewährten Methoden

wie Homöopathie, die anthroposophische Medizin, die traditionelle chinesische Medizin, die Phyto- sowie die Neuraltherapie.

JA zu Kostensenkungen

Da die Komplementärmedizin günstiger ist als die Schulmedizin, werden die Gesundheitskosten tiefer ausfallen.

JA zur Qualitätssicherung und Methodenvielfalt

NEIN zum Überwachungsstaat

- Die Abstimmungsvorlage über die biometrischen Pässe geht weiter als die Schengen-Bestimmungen erfordern.
- Sie öffnet Datenmissbrauch Tür und Tor.
- Der Service public wird verschlechtert.

